

Schlagabtausch zwischen Marie Luise Müller und Montgomery

„Es ist eine bodenlose Frechheit gegenüber den Patienten, den Krankenschwestern und den Pflegern, wenn der Chef des Marburger Bundes, Frank Ulrich Montgomery, jetzt einen neuen Ärztestreik anzettelt.“ Mit diesen harten Worten kritisiert die Präsidentin des Pflegerates laut Berliner Zeitung das Vorgehen des Marburger Bundes. Nach Ansicht des Pflegerates ist bereits durch den vergangenen Arbeitskampf an den Universitätskliniken das Verhältnis von Ärzten und Pflegern nachhaltig gestört worden. Weitere Streiks brächten die medizinischen Berufsgruppen nur weiter auseinander.

Prompt reagierte Montgomery in dem Online-Dienst der Berliner Zeitung am 23.6.: „Unnötigerweise schürt die Pflegeratsvorsitzende Marie-Luise Müller mit ihren hysterischen Äußerungen Patientenängste und vergiftet das bis dato gute Klima zwischen Ärzten und Pflegekräfte“ und rät Marie Luise Müller „sich aus tarifpolitischen Angelegenheiten heraus zu halten.“ Auch der Ärzteverband Hartmannbund übte heftige Kritik. „Wir sollten uns in diesen Zeiten nicht auseinander dividieren lassen, sondern klar darüber sein, dass wir nur gemeinsam erfolgreich für unsere Patienten arbeiten können“, sagte Verbandschef Kuno Winn.

Marie Luise Müller steht jedoch nicht allein. Auch die Gewerkschaft Ver.di wirft dem Marburger Bund vor, Tarifpolitik zu Lasten anderer Berufsgruppen zu machen. Der niedersächsische Ver.di-Chef Wolfgang Denia spricht von einem „Akt der Unmoral“ der Ärztegwerkschaft.

Streik entzweit

Angriffsspiel von Ver.di

Ärzte an kommunalen Kliniken streiken

Nach dem dreimonatigen Streik an den Universitätskliniken haben nun die Ärzte an den etwa 700 kommunalen Krankenhäusern ihren Arbeitskampf aufgenommen. Laut Süddeutscher Zeitung vom 26. 6. hat der Arbeitskampf an den Universitätskliniken und Landeskrankenhäusern bereits 120 bis 140 Millionen Euro gekostet. Der Streik an den kommunalen Einrichtungen könnte weitaus teurer werden. Die Ärztegwerkschaft Marburger Bund will zunächst in vier Bundesländern den Arbeitskampf beginnen. Dies sind Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein. Der Marburger Bund verlangt einen eigenen Ärzte Tarifvertrag, der mehr sein soll als nur die Kopie des Tarifvertrages im öffentlichen Dienst. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) dagegen bietet zwar einen eigenen Tarifvertrag an, der sich jedoch inhaltlich an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes anlehnt.

Spiel der Ärzte

Streik begünstigt Privatisierung

Der Ärztestreik, der besonders Bayern mit den meisten Krankenhäusern unter kommunaler Verantwortung trifft, wird nach Meinung von Fachexperten die Privatisierungswelle bei den Kliniken

Teurer Spaß

verstärken. Für viele kommunale Krankenhäuser in Bayern, die bereits unter wirtschaftlichem Druck stehen, wird der Überlebenskampf härter. Der Landrat Hermann Steinmaß befürchtet laut Traunsteiner Tagblatt vom 26.6., dass der Streik einer Privatisierung seiner Kreisklinik Vorschub leisten könnte. Nach Angaben des Traunsteiner Klinik-Chefs Stefan Nowack kostet eine Streikwoche zwischen 130 000 bis 150 000 Euro. „Was wir jetzt verlieren, werden wir nachher einsparen müssen“, bekräftigt Nowack gegenüber dem Traunsteiner Tagblatt.

Besser dran sind die Kliniken in den neuen Bundesländern, wo es kaum noch kommunale Krankenhäuser gibt. Dennoch verstärkt sich der Druck durch die Warnung der Gewerkschaft Ver.di, die androht, dass, sofern den Ärzten ein höherer Anstieg ihrer Gehälter angeboten würde als zum Beispiel den Krankenschwestern und den übrigen Mitarbeitern der Kliniken, sie ebenfalls zum Streik aufrufen wird.

Murawski geht Sonderweg

Der Stuttgarter Bürgermeister Klaus-Peter Murawski (Grüne) geht im Ärztestreik einen Sonderweg. Er strebt mit dem Marburger Bund für das Stuttgarter Klinikum einen Übergangsvertrag an, der bundesweiten Pilotcharakter haben könnte. „Wir gehen diesen Weg, weil wir nicht glauben, dass der Marburger Bund einen Abschluss akzeptiert, der hinter dem für die Uniklinikärzte zurückbleibt“, so Murawski gegenüber der Esslinger Zeitung vom 27.6. Murawski geht davon aus, dass die anvisierte Vereinbarung im Wesentlichen die Regelungen für die Uniklinikärzte übernehmen werde, wobei aber kommunale Besonderheiten berücksichtigt würden.

Nach Meinung von Murawski vertrete die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände insbesondere die harte Linie der ostdeutschen Städte, die jedoch kaum noch kommunale Krankenhäuser hätten. Murawski laut Esslinger Zeitung wörtlich: „Ich bin nicht willens, auf dem Rücken der Stuttgarter Bevölkerung die Rücksichtslosigkeit eines Teils der ostdeutschen Kommunen und der Kreise auszutragen.“

Murawskis Sonderweg findet nicht überall Zuspruch. Der Münchner Gesundheitsreferent Joachim Lorenz, ebenfalls von den Grünen, ist auf Murawski nicht gut zu sprechen. Der Süddeutschen Zeitung vom 27.6. gegenüber zürnt Lorenz mit den Worten „Eingeknickt“ seien die Schwaben und „in vorseilendem Gehorsam sind sie der kommunalen Sache in den Rücken gefallen“. Den Tarifabschluss, den die Stuttgarter dem Marburger Bund zugesichert hat, „den können sich nicht viele kommunale Krankenhäuser leisten.“

Listiger Schachzug

Zorn aus München

Neuer Vertrag für Charité-Ärzte

Wenn es nach dem Marburger Bund geht, soll es bereits im Juli erste Nachverhandlung für einen neuen Tarifvertrag für Ärzte mit der Charité geben. Da das Land Berlin aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten ist, muss mit der Charité separat verhandelt werden, für die erst im Mai ein vorläufiger

Grauzone

Tarifvertrag abgeschlossen worden ist. Komplizierter stellt sich die Tarifgestaltung bei Vivantes dar. Obwohl Vivantes ein kommunaler Krankenhauskonzern ist, werden die Arztgehälter nach dem BAT der Tarifgemeinschaft deutscher Länder berechnet. Insofern rechnet der Marburger Bund damit, dass der jüngste Tarifabschluss mit den Universitäts- und Landeskliniken auf Vivantes angewendet wird.